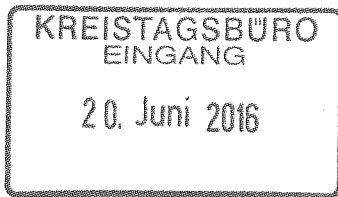


FDP – Kreistagsfraktion



An den

Landrat des Rhein-Sieg-Kreises *11:20*
Herrn Sebastian Schuster

Kreishaus
53721 Siegburg

Freie Demokraten

Rhein-
Sieg **FDP**

53721 Siegburg Kreishaus

Telefon: 02241/60320

Telefax: 02241/52262

E-Mail: fdp-ktf.rhein-sieg@t-online.de

Siegburg, 20. Juni 2016

Sexualaufklärung soll Bestandteil der Flüchtlingsarbeit werden

Sehr geehrter Herr Landrat,

die FDP-Kreistagsfraktion bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung des nächsten Kreisausschusses am 27. Juni 2016 zu setzen:

Der Rhein-Sieg-Kreis lehnt eine kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln an Flüchtlingsfrauen – wie von der pro familia Beratungsstelle Sankt Augustin gefordert – ab. Mit Blick auf den sozialen Frieden lässt sich eine solche Abgabe nur an Flüchtlingsfrauen, und nicht auch an andere benachteiligten Gruppen, nicht rechtfertigen. Außerdem muss sichergestellt werden, dass die bereitgestellten Verhütungsmittel auch erfolgreich angewandt werden. Und letztlich kommt es auch darauf an, die Verantwortung für Empfängnisverhütung nicht allein den Frauen zu überlassen.

Vor dem Hintergrund vermehrter Schwangerschaftsabbrüche bei Flüchtlingsfrauen sieht der Rhein-Sieg-Kreis vielmehr einen erhöhten Bedarf an Aufklärungsarbeit bei Flüchtlingen. Deshalb wird das Kommunale Integrationszentrum (KI) beauftragt, dafür zu sorgen, dass Sexualaufklärung ein Bestandteil der Flüchtlingsarbeit des Rhein-Sieg-Kreises wird. Dabei soll es nicht nur um Aufklärung über Verhütungsmethoden für Frau und Mann gehen, sondern auch um die Vermittlung des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung, insbesondere der Frau.

Begründung:

Die Verantwortlichen der pro familia Beratungsstelle Sankt Augustin stellen in einem Schreiben vom 15. Juni 2016 „eine Reihe ungeplanter Schwangerschaften bei Flüchtlingsfrauen und entsprechende Schwangerschaftskonfliktberatungen zum Schwangerschaftsabbruch“ fest. Der Schwangerschaftsabbruch werde vermehrt als Familienplanungsinstrument benutzt, da Verhütungsmittel nicht verfügbar seien.

Sie fordern von daher, Flüchtlingsfrauen den kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln zu ermöglichen. Sie begründen dies damit, dass die Kostenübernahme für Schwangerschaftsabbrüche durch das Land erfolgt. Zur Prävention ungeplanter Schwangerschaften sollten entsprechend Verhütungsmittel für Flüchtlingsfrauen bereitgestellt werden.

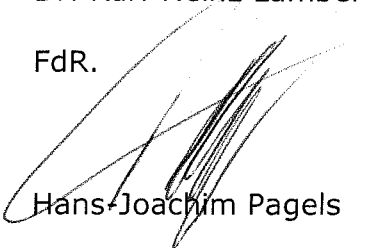
Die FDP-Kreistagsfraktion spricht sich mit Nachdruck dafür aus, dem Problem der vermehrten Schwangerschaftsabbrüche bei Flüchtlingsfrauen mit einer flächendeckenden Aufklärungsarbeit zu begegnen. Diese ist ebenso ein wichtiger Faktor auf dem Weg zu einer gelungenen Integration von Flüchtlingen in unsere Gesellschaft.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.

Dr. Karl-Heinz Lamberty, Nicole Westig, Renate Frohnhöfer und Fraktion

FdR.



Hans-Joachim Pagels